

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Landtags-Zeitung. 1833-1846 1847**

78 (29.9.1847)

Die Rundschau erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch und Samstag, und kostet für das halbe Jahr vom 1. Juli bis 30. Dezember 1847 im Umfang des Großherzogthums 1 fl. 24 kr. durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen.

# Die Rundschau.

N<sup>o</sup> 78.

Karlsruhe, Mittwoch den 29. September 1847.

Herausgegeben von Karl Mathy. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Man bestellt bei dem nächstgelegenen Postamt, in Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg auch bei den unten genannten Buchhandlungen, welche auch Inserate annehmen. Einrückungen werden mit 3 kr. für den Raum der dreispaltigen Petitzeile berechnet.

Carlsruhe, bei Malsch & Vogel.

Heidelberg, bei Fr. Fabel.

Mannheim, bei H. Hoff.

## Ankündigung.

Mit dem 1. October beginnt ein neues vierteljähriges Abonnement auf die Rundschau. Sämmtliche Postämter nehmen Bestellungen an; das Blatt kostet vom 1. October bis 31. Dezember, durch die Post oder den Buchhandel bezogen, 42 Kreuzer. — In Karlsruhe bestellt man bei Malsch und Vogel, Adlerstraße Nr. 19; für Heidelberg kann die Rundschau durch Fr. Fabel, für Mannheim durch H. Hoff bezogen werden.

Der Monat September war in Deutschland Zeuge einer Reihe von Versammlungen für kirchliche, politische und wissenschaftliche Zwecke. In Kiel tagten über 2000 deutsche Land- und Forstwirthe; viele waren aus den deutschen Herzogthümern, Alle für die Erhaltung der Nationalität. In Aachen waren gegen 600 Aerzte und Naturforscher beisammen, und verhandelten über wichtige Fragen der Wissenschaft. In Lübeck berathen die Germanisten die Förderung deutschen Wesens in Sprache, Sitte und Recht; ihnen folgt in wenigen Tagen die Versammlung deutscher Anwälte in Hamburg. Obgleich Brüssel nicht mehr zu Deutschland gehört, so dürfen doch die Versammlungen der Nationalökonomien und der Freunde der Gefängnisreform hier erwähnt werden, wovon die ersteren den freien Handel, die anderen die Behandlung der Sträflinge in der Einzelhaft erörterten. In diesen Versammlungen waren alle größeren europäischen Nationen und selbst die Vereinigten Staaten vertreten. Für kirchliche Zwecke endlich waren katholischer Seits Geistliche in Speier (bald auch in Freiburg) zu gemeinschaftlichen Uebungen oder Exercitien in Loyola's Manier berufen; von evangelischer Seite war die Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins in Darmstadt anberaumt. Dort sollte der Streit ausgetragen werden, der sich im vorigen Jahre zu Berlin durch die Ausschließung des Predigers Rupp von Königsberg entsponnen hatte. Die meisten Zweige des Vereins hatten sich gegen diesen Beschluß erklärt, und waren der Meinung, daß jeder Deputirte zugelassen werden müsse, dessen Vollmachten in Ordnung sind. Die Orthodoxen dagegen bestanden auf der Rechtgläubigkeit in ihrem Sinne, und es war sogar die Rede davon, daß sie in Darmstadt den Versuch machen würden, sich mit Ausschluß der Andern zu constituiren und das Vereinsvermögen an sich zu ziehen. Allein es kam ganz anders. Der Friede und die Versöhnung siegten über Zerwürfniß und Krieg. Der Beschluß über die Anträge in Betreff der Ausschließung Rupp's, welcher mit 67 unter 75 Stimmen am 22. September gefaßt wurde, giebt zu, daß nur die Vollmachten der Abgeordneten zu prüfen seien (§. 25 der Statuten); entstehen aber Zweifel über die Mitgliedschaft eines Deputirten,

so beschließt die Hauptversammlung, nachdem der betreffende Hauptverein zuvor gehört ist. — Der Vorsitzende schloß hierauf mit einem kurzen Dankgebete, die Anwesenden stimmten das Lied an: „Nun danket Alle Gott“ — und die Versammlung trennte sich mit dem frohen Bewußtsein, durch Erhaltung der Einigkeit den wahren wohlthätigen Zweck des Vereins gefördert und ein gutes Werk gethan zu haben.

Die Vorschläge der Karlsruher Zeitung zur Minderung des Vielregierens haben wir in der letzten Nummer irrig auf 11 Artikel zurückgeführt, während es deren 14 sind. Der Irrthum kam daher, daß wir nicht die Karlsruher Zeitung, sondern ein anderes Blatt vor uns hatten, welches den Aufsatz abgedruckt, aber ohne es zu bemerken, drei Artikel weggelassen hatte, vermuthlich, weil sie ihm nicht gefielen. Wir berichtigen dies mit der Bemerkung, daß das Fehlende die Aufhebung der Lyzealklassen an den Mittelschulen zu Heidelberg, Freiburg und Weinheim betrifft, und die Umformung einiger Gymnasien in Pädagogien, endlich die Ausstreichung der Parallelstraße der Eisenbahn aus dem Straßenverbände. Diese Vorschläge haben wohl nicht die Verminderung des Vielregierens zum Zweck; aber es wird von den Aenderungen an den Mittelschulen eine Abnahme der Zahl der Studirenden erwartet; die Ausstreichung der Parallelstraße der Eisenbahn aus dem Straßenverbände soll eine Begünstigung der betreffenden Gemeinden gegen jene aufheben, welche die Buzinalstraßen selbst zu unterhalten haben. Die in Nr. 75 d. Bl. mitgetheilte Petition aus dem Bezirke Bonndorf ist der entgegengesetzten Ansicht; sie verlangt eine Gleichstellung in der Weise, daß die Buzinalstraßen vom Staate übernommen werden. Warum von den beiden Parallelstraßen der Eisenbahn gerade die Bergstraße den Gemeinden zugewiesen, die Rheinstraße dagegen dem Staate belassen werden soll, ist nicht angegeben. Nach unserer Ansicht wäre für die eine billig, was für die andere recht ist. Bisher hat die Erfahrung gezeigt, daß die Unterhaltungskosten dieser Straßen durch die Eisenbahn nicht abgenommen haben, was hauptsächlich der starken

Benutzung durch Beifuhr von Baumaterial zur Bahn zugeschieden wird. Diesen Unterhalt kann man doch den Gemeinden nicht mit Recht aufbürden; die Zukunft aber mag allerdings eine Aenderung herbeiführen. Das Straßengesetz, welches die Regierung auf früheren Landtagen vorgelegt hatte, scheiterte an der Ueberzeugung, daß man die Vollendung des Straßensystems abwarten sollte, bevor eine Ueberwälzung auf Gemeinden und Bezirke stattfindet, weil sonst diejenigen Bezirke, die noch Hauptstraßen anzusprechen haben, gegen jene benachtheiligt wären, denen solche auf Kosten der Gesamtheit gebaut worden sind. — Mit ihrem Versuche, die Aenderungen bei der Offenburger Versammlung in Betreff der Steuerverweigerung als verfassungswidrig, ja als verbrecherisch darzustellen; ist die Karlsruher Zeitung nicht glücklich gewesen, und die Abendzeitung hat dies in ihren Nummern 260 und 261 näher ausgeführt. Es handelte sich nicht um gewisse politische Zugeständnisse, welche als Bedingung für die Bewilligung der Steuern gefordert würden, sondern um ein System der Verwaltung, das wesentliche Bestimmungen der Verfassung verletzen würde. Wenn nun aufgefordert wird, Abgeordnete zu wählen, welche einem solchen Systeme gegenüber das Budget verwerfen, oder, wenn dies weniger verlegt, von ihrem Rechte der Steuerbewilligung keinen Gebrauch machen, so können wir darin überall kein Verbrechen erblicken. Es ist erfreulich, daß das deutsche Volk anfängt, ernstlich darauf zu dringen, daß erfüllt werde, was geschrieben steht, denn nur dadurch können die Kräfte, der Muth und die Begeisterung geweckt werden, deren die Nation bedarf, um die Prüfungen zu bestehen, welche die Zukunft ihr bereiten wird.

Die Herren Minister Beck und v. Dusch haben nun auch den Seckreis besucht, dessen Bewohner somit Gelegenheit hatten, ihre Bedürfnisse und Wünsche ihnen unmittelbar auszusprechen; in Konstanz konnten sie unter Andern erfahren, daß die Hauptstadt des Seckreises durch keine für Güterwagen fahrbare Straße mit dem badiſchen Vaterlande verbunden ist, während auf der Schweizer Seite die schönsten Straßen durch den Thurgau ziehen.

Die bayerischen Stände sind zu einem außerordentlichen Landtage versammelt und von ihnen wird es abhängen, ob derselbe etwas mehr werden wird, als ein außerordentlicher Zahltag, wie ihn hie und da das Volk nennt. Von Seiten der Liberalen ist so viel wie nichts geschehen, um die Stände zu ermuthigen, die Bahn des Fortschrittes ernstlich zu betreten, und die Abgeordneten scheinen in der Mehrzahl nicht willens, etwas Weiteres zu thun, als was die Regierung von ihnen verlangt, nämlich die Zustimmung zu Creditoperationen für den Eisenbahnbau zu geben; höchstens werden sie noch diesen oder jenen Wunsch, die Klage über verschärfte Vor- und Nach-Censur u. dergl. zur Sprache bringen, und wenn dies geschehen ist, die Sache auf sich beruhen lassen. Daß unter solchen Umständen die Dinge gehen, wie es der Regierung gefällt, ist nicht zu verwundern. Nichts wird erungen, ohne große Anstrengung, ohne ernststen Willen und Ausdauer. Das neue Ministerium hat noch blutwenig von dem gethan, auch kaum den Willen gezeigt, etwas von dem zu thun, was die Besseren als Folge der Veränderung in den Personen erwarteten: unparteiische Vollziehung des Re-

ligionsedicts, Abhülfe der gerechten Beschwerden der Protestanten, Hebung des Volksunterrichts, Verbesserung der Lage der Volksschullehrer, Lehrfreiheit auf den Hochschulen, durchgreifende Verbesserung der Justizverfassung, öffentlich-mündliches Verfahren, Unabhängigkeit der Gerichte, vollständige Anerkennung des Bewilligungsrechts der Stände; gerechtere Vertheilung der Steuern, Ausbildung des Landwehresystems zu einer wahren Volkswehr, freier Gebrauch der Presse und gesetzliche Verwirklichung der Verantwortlichkeit der Minister. Nichts von dem Allem ist vorbereitet und die Gerüchte, daß wenigstens eine Vorlage zur Einführung des öffentlich-mündlichen Verfahrens erfolgen werde, sind durch das Einberufungsedict widerlegt worden. Dagegen hat H. v. Maurer das Diplom der Standeserhöhung der Lola Montez zur Gräfin v. Landsfeld unterzeichnet und sein Sohn, der im vorigen Winter das Staatsexamen abgelegt, ist außerordentlicher Professor geworden; Hr. v. Zu-Rhein hat zwei Mal, H. v. Zennetti hat vier Mal um seine Entlassung gebeten, die aber nicht angenommen worden ist; vielmehr soll die Ernennung der beiden Ministerverweser zu wirklichen Ministern nächstens erfolgen.

Bei der Wahl der 6 Kandidaten zur ersten und zweiten Präsidentenstelle, die am 21. September vorgenommen wurde, haben die von der liberalen Partei vorgeschlagenen schon im ersten Scrutinium die Mehrheit erhalten. Es sind die Abgeordneten: Freiherr v. Rotenhan, Graf v. Hegenberg-Dur, v. Lerchenfeld, Appellationsrath Heing, v. Clofen und Willich. Daß die Gegner des abgetretenen Ministeriums Abel nicht mehr die Mehrheit haben, wird übrigens Niemanden befremden. Zu Secretären wurden die Abgeordneten Kirchgesner, Stockinger, Bayer und Edel gewählt.

Der Versammlung in Offenburg sollten vier Kreisversammlungen an vier Sonntagen nach einander folgen, und zwar in Donaueschingen, Freiburg, Mannheim und Tauberbischofsheim. — An ersterem Orte hat unmittelbar nach dem Besuche der Herren Minister Beck und v. Dusch, der Gemeinderath das Comité ersucht, die Versammlung aufzugeben, oder an einem anderen Orte zu halten. Zwei Mitglieder sind aus Unmuth über diesen Beschluß aus der Behörde ausgetreten. Von Freiburg aus würde, von Seiten der dortigen entschiedenen Verfassungsfreunde, gleichfalls dem Comité gerathen worden sein, die Zusammenkunft nicht in der Stadt, sondern anderwärts zu halten; in Mannheim wäre die Sache ohne Aufsehen vorübergegangen, in Tauberbischofsheim würde sie vermuthlich an Schwierigkeiten gescheitert sein. Inzwischen hat das Gr. Ministerium des Innern, auf seine Verantwortung hin, die Versammlung in Donaueschingen, als eine voraussichtlich staatsgefährliche, nach dem Gesetze von 1833 verboten. Die Karlsruher Zeitung deutet bei der Mittheilung des Verbots auf die Reden in Offenburg, und nennt die Herren Hecker und v. Struwe, aus deren angekündigter Theilnahme an der Donaueschinger Versammlung auf ähnliche Reden zu schließen gewesen wäre. Allein vergebens sahen wir uns nach den Gefahren um, welche aus der Versammlung in Offenburg dem Staate erwachsen wären, oder möglicher Weise noch erwachsen könnten; es müßten denn diplomatische Noten von Außen sein, die uns Laien in der Diplomatie nicht sehr gefährlich erscheinen. Was aber die Personen betrifft,

welche sich bei Kundgebung missälliger Meinungen an die Spitze stellen, so lehrt die Erfahrung, daß sie eher sich selbst als den Staat in Gefahr bringen. Es gehört in Deutschland mehr Muth dazu, der Staatsgewalt gegenüber die Rechte des Volkes zu vertheidigen, als in manchen andern Ländern, und es wäre schlimm, wenn sich keine Männer mehr fänden, welche, wie ein Redner von Offenburg in der Abendzeitung sagt, „beschwornes Recht und Verfassung höher stellen, als Criminalprozeß.“

Wirkliche Gefahren für den Staat vermögen wir nicht in den Bestrebungen für die endliche Verwirklichung der in der Bundesacte und der Verfassung verheißenen Rechte, wohl aber in dem fortgesetzten Widerstreben und in dem Beharren auf einem Systeme zu erblicken, welches Deutschland keine Rosen gebracht hat, und zum Glück seinem Untergang nahe zu sein scheint. Keine Aufforderung zur Steuerverweigerung kann so stark gegen die Regierung aufreizen, als die in der Karlsruher Zeitung gegen die Offenburger Artikel aufgestellte Behauptung, wonach eine Rückkehr von der Unterdrückung der Presse, der Lehrfreiheit und der landständischen Rechte zu den entgegengesetzten Bestimmungen der Bundesacte und der Verfassung als ein Bruch dieser Grundgesetze dargestellt wird.

Die Nachrichten von den ersten Deputirtenwahlen in Hessen zeigen, daß auch dort das Volk zu dem Bewußtsein seiner Rechte erwacht und zu dem Willen gelangt ist, den geeigneten Gebrauch davon zu machen. Die traurige Erfahrung, daß frühere liberale Mehrheiten nichts ausgerichtet hatten, daß Abgeordnete, welche das Vertrauen des Volkes besaßen, durch Urlaubsverweigerung und andere Maßregeln ausgeschlossen wurden, daß die Kammer gleichsam nur ein zahlreiches Regierungscollegium war, worin selbst ein Georgi Sitz und Stimme hatte, — solche Wahrnehmungen hatten eine Gleichgültigkeit und Theilnahmslosigkeit zur Folge, wofür die deutsche Gemüthsart nur zu leicht empfänglich ist, und welcher durch Einschüchterung nachgeholfen wurde, so daß ein politischer Schlaf das ganze Land umfassen hielt. Die Hessen träumten schöne Dinge, sie träumten von Amerika; aber mitunter machte sich doch die Wirklichkeit fühlbar, und jedem ward bemerkt, daß die Gesetzgebung, ohne Theilnahme der wahren Volksstimme, und die Verwaltung, ohne Controle einer tüchtigen Kammer, eine Richtung nahmen, wobei die Rechte und die Interessen der Bürger immer mehr ins Gedränge geriethen. Die Rheinhesen sahen ihre Rechtseinrichtungen bedroht, ihre Bitten abgewiesen, und bei ihnen zuerst machte sich die Ueberzeugung geltend, daß die Zukunft immer düsterer werden müsse, wenn nicht die kleine Minderheit bürgerlicher Vertreter in der Kammer zur Mehrheit verstärkt und dadurch die Beamtenmajorität gebrochen werde. Gegen das Ende des vorigen Landtags wurde in Worms v. Gagern gewählt, und obgleich er an den Ergebnissen der Verhandlungen allein nichts ändern konnte, so zeigte er doch, durch sein entschiedenes Auftreten und sein treffliches Buch über das Recht der Rheinhesen auf ihre Institutionen, wie ein Volksvertreter sein und handeln soll. Sein Buch mußte Diejenigen verletzen, denen nachgewiesen war, wie und wo sie ihre Schuldigkeit nicht gethan hatten; die Majorität gab eine Erklärung gegen v. Gagern zum Besten, Georgi forderte ihn auf Pistolen, aber das Volk hatte an ihm seinen Mann gefunden und forderte Gleichgesinnte

in die Kammer. So war jene späte Wahl in Worms und der Eintritt eines einzelnen Mannes in den Ständesaal, kurz vor dem Schlusse der Versammlung, doch von großer Bedeutung; man kann sagen, es war der Wendepunkt eines traurigen Abschnittes in der Geschichte des hessischen Verfassungslebens zum Besseren.

Nach den bisher vorgenommenen Wahlen, welche zum Theil mit solcher Eile angeordnet und vollzogen wurden, daß eine Besprechung unter den Wahlmännern nicht möglich war, bleibt die Hoffnung, daß die Kammer eine Mehrheit von unabhängigen Bürgern zählen werde. In Waldmichelbach wurde für den großen Bezirk, der immer Beamte gewählt hatte, Müller Kinscherf von Birkenau mit 18 Stimmen gegen 6 ernannt, die auf Hofgerichtsath Weis fielen; in Pfungstadt siegte Landwirth Dörner über den Landgerichtsath Berle; in Heppenheim erhielt der Beigeordnete Keil aus Fürth die Mehrheit gegen Oberappellationsath Lotheisen; in Langen Advokat Reh in Darmstadt gegen Oberappellationsath Wernher. In Lauterbach fiel die Wahl auf Bürgermeister Diez zu Heisters; in Buzbach auf den früheren liberalen Abgeordneten Scholl in Niederwöllstadt. Ferner sind gewählt: Gutsbesitzer Dr. Langen auf dem Windhäuser Hof; Bürgermeister Ramspeck zu Alsfeld; Partikulier Ch. Zöpprich in Großgerau; Landwirth Behlen (Deutschkatholik) in Wörstadt; Schmidt, Bürgermeister zu Rothau in Großbiberau; Otto, Oberzollinspektor in Diefenbach; Gresschmar, Müller und Landwirth in Rödelheim, an Georgi's Stelle in Bilbel. — Aus Rheinhesen sind bis jetzt bekannt die Wahlen von Freiherrn v. Gagern in Worms; v. Steinherr in Bingen. Ministerielle Wahlen sind erfolgt: in Umstadt Kassationsgerichtsath Hesse; Bahrenhausen, Kassationsgerichtsath Frank; Gießen, Professor Schmitthener; Gladenbach, Geh. Rath v. Grollmann; Heuchelheim, Rentamtman Schneider in Gießen; endlich Hofgerichtsath Bus in Gießen. Besonders hartnäckig war der Wahlkampf in der Stadt Gießen, wo der liberale Kandidat, Prof. Hillebrand dem frühern Abg. Prof. Schmitthener in zwei Abstimmungen mit gleicher Stimmenzahl (12) gegenüberstand, bis endlich ein liberaler Wahlmann übertrat und für den Letzteren entschied.

(Die Sonderbundsfrage.) Wie einige Kantone der westlichen Schweiz in Bern ihren Schwerpunkt finden, so macht sich der Einfluß von Zürich in der östlichen Schweiz geltend. Da nun die beiden Hauptkantone für den Vollzug des Tagessatzungsbeschlusses vom 20. Juli sich erklärt haben, so ist kaum mehr zu zweifeln, daß die Tagsatzung, wenn sie am 18. Oktober wieder zusammentritt, die geeigneten Beschlüsse fassen wird, um die Auflösung des Sonderbundes, falls die Mittel der Güte nicht ausreichen, durch militärische Execution zu bewirken. Der Erfolg ist gesichert, da der Eidgenossenschaft hinreichende Kräfte zu Gebote stehen und die Widerspenstigen ohnehin der moralischen Auflösung schon verfallen sind. Als letztes Mittel, ihre bundeswidrige Stellung zu behaupten, lassen sie nun den Vorschlag verbreiten, das ganze Volk über die Frage des Vollzugs oder über die Kriegsfrage abstimmen zu lassen. Der Gedanke geht zwar nicht unmittelbar von den Führern des Sonderbunds aus, aber es sind ihre Freunde in den liberalen Kantonen, welche ihnen dadurch Rettung zu bringen suchen. Sie erwarten, das fried-

lich gefürnte Volk werde sich in seiner Mehrheit gegen den Krieg erklären; in Schwyz dagegen wird die Kantonsgemeinde berufen, um sich für den Widerstand, also für den Krieg auszusprechen. Hiernach sollte man glauben, das Volk der Sonderbunds Kantone sei in seiner Mehrheit kriegerisch, die Mehrheit in den liberalen Kantonen dagegen friedlich gestimmt. Allein wer einen wahren und dauernden Frieden in der Schweiz will, der muß folgerichtig die Auflösung des Sonderbundes wollen, weil dieser sich in ein feindseliges Verhältnis gegen die Eidgenossenschaft setzt, das einen ewigen Krieg unterhält, und zwar gegen alle Bildung, und gegen das ungestörte Zusammenleben der verschiedenen Bekenntnisse in den gemischten Kantonen. Es würde daher selbst dieser letzte Vorschlag, wenn er angenommen werden könnte, was aber in den Kantonen mit repräsentativen Verfassungen nicht angeht, schwerlich den gewünschten Erfolg haben. Das Volk ist in politischer Einsicht bezüglich auf die Verhältnisse des eigenen Vaterlandes soweit vorgeschritten, daß es wohl die Antwort geben würde: Eben darum, weil wir den Frieden wollen, verlangen wir, daß der Sonderbund aufgelöst werde. In Deutschland, wo sich mehr als jemals die Extreme berühren, ist der rein demokratische Vorschlag einer Volksabstimmung über die Kriegsfrage von konservativ-monarchischer Seite beifällig aufgenommen worden, — aber nur in seiner Anwendung auf die Schweiz, weil man dort von der Abstimmung die Erhaltung des Sonderbundes und der Jesuiten erwartet. Wir würden uns dagegen wohl gefallen lassen, wenn die Frage über die Erhaltung des bewaffneten Friedens in Europa einer Abstimmung unterlegt würde, indem ihr Ergebnis hoffen ließe, daß die stehenden Heere vermindert, eine minder kostspielige und doch für die Vertheidigung mehr leistende Volkswehr eingerichtet, bedeutende Staatsmittel für friedliche Wohlfahrtsfürsorge oder Abgabenerleichterung verfügbar, und ein wahrer Friede befestigt werden würde.

(Die Wahlen in Württemberg und die Censur). Die Deutsche Zeitung schreibt vom oberrheinischen Redakteur: Da sind in drei Oberamtsbezirken neue Abgeordnete zu wählen, und drei Staatsbeamte treten als Kandidaten auf und werden natürlich eben dabei auch von den Organen der Regierung aufs Entschiedenste unterstützt. — Am nacktesten stellt sich dieses unglückliche System in dem Oberamte Eßlingen bloß. Dieser Bezirk ist seit einer Reihe von Jahren zu einer gewissen politischen Richtung herangezogen; der Geist seines langjährigen Abgeordneten Dettner hat sich in demselben gleichsam verkörpert; es ist von radikalen, wie von bloß gouvernementalen Sympathien gleich weit entfernt und ist all seinen natürlichen Verhältnissen nach darauf angewiesen, sich durch einen liberalen Industriellen vertreten zu lassen. Dennoch will diesen alten Reichstädtlern ein Beamter vom entschiedensten Gepräge des württembergischen Regierungssystems durch den Einfluß der Unterbeamten auf die Bauern aufgetropft werden. Wozu soll das führen? Könnte denn eine Regierung wirklich der Meinung leben, sie erfreue sich in der Abgeordnetenkammer einer moralischen Unterstützung, wenn sie dieselben Männer, welche sie als Beamte in den Kanzleien beherrscht, als Abgeordnete dem Ministertische gegenüberstellt? — Erwinnere ich mich recht, so ist es Dahlmann, welcher einmal sagte, die Zensur sei ein Beförderungsmittel für den Styl. Nun ja — auf welche verzweifelte Gedanken eine Censur treiben kann,

wie sie in Württemberg besteht, das hat jüngst ein Stuttgarter Blatt bewiesen. Da jedes mißbilligende Urtheil über konservative Abgeordnete in Württemberg — wenigstens in den gelesebenen Blättern — durch die Censur abgeschnitten ist, und zugleich Beispiele vorliegen, daß Auszüge aus ständischen Protokollen unter dem Vorgeben, daß sie ungetreu und partiisch seien, die Druckerlaubnis nicht erhalten konnten, so hat jenes Blatt den fürchterlichen Umweg ergriffen, protokollarisch Alles zum Abdruck zu bringen, was der Regierungskandidat für den Bezirk Eßlingen während des außerordentlichen Landtags von 1847 sprach, um ihn wenigstens auf diese Weise seinen Wählern zu charakterisiren. — Die Absicht der Censur, dem Bewerber gefällig zu sein, ist sonach in das Gegentheil umgeschlagen; denn der wörtliche Abdruck seiner Vorträge wird ihm schwerlich zur Empfehlung gereichen.

### Verschiedenes.

— Aus London berichtet die Deutsche Zeitung als zuverlässig, daß am 8. September Derselben nach Rom und Turin abgegangen seien, um beiden Höfen bestimmt zu erklären, England werde sie unterstützen, wenn in irgend welcher Weise ihre Unabhängigkeit angegriffen werden sollte.

— Die Entlassung aus dem Staatsdienste, welche Herr Dr. Linder angeboten, ist von dem Großherzog von Darmstadt nicht angenommen worden; derselbe bleibt Ministerialreferent in Unterrichtssachen und Präsident des Oberstudienraths, und legt nur die Stelle als Kanzler der Universität und Referent der katholischen Kirchensachen nieder.

— Das Consistorium in Magdeburg hat endlich beschloffen, den Pfarrer Uhlisch seiner Stelle zu entheben. Der Beschluß soll aber erst vollzogen werden, wenn die Soldaten vom Manöver zurück sein werden.

— Der Ausschuß der deutschen Rechtsanwälte hat die Einlabung zu der zweiten öffentlichen Jahresversammlung ergehen lassen. Es gilt die Verwirklichung der Idee eines volkshümlichen Rechts und einer volkshümlichen, öffentlichen Rechtspflege. Die Versammlung findet am 30. Septbr., 1. und 2. Oktober in Hamburg statt.

— Der Herzog von Numale ist an die Stelle des Marschalls Bugaud zum Statthalter (bald Vicefönig) von Algerien ernannt worden.

— Unter der Befugung von Ferrara sollen zwischen den Ungarn, die für den Kaiser, und den Tyrolern, die für den Papst Partei nahmen, blutige Händel ausgebrochen und mehrere Soldaten todt geblieben sein. Zwei Tyroler und ein Ungar sollen vom Kriegsgerichte zum Tode verurtheilt und auf grausame Art gehängt worden sein, indem ihnen ein eiserner Haken durch den Hals gestossen wurde. So schreibt Galignani's Messenger. — In Toscana, Lucca und Sardinien folgen Feste auf Feste, ganze städtische Bevölkerungen besuchen einander und freuen sich der Aussichten auf freie Staatseinrichtungen und nationale Unabhängigkeit.

— In Ulm hat das Steigen der Lebensmittelpreise (besonders auch der Fleischpreise) Gährungen veranlaßt, gegen deren Ausbruch militärische Vorkehrungen getroffen wurden.

— Die kurheffischen Stände sind auf den 29. September wieder einberufen.

Unter Verantwortlichkeit der Verlags handlung.